

# Mit einer starken Stimme für Kinder und Familien

Gemeinsame Vorschläge der fünf Familienorganisationen, Österreichischer Familienbund, Freiheitlicher Familienverband, Katholischer Familienverband, Kinderfreunde Österreich und Plattform für Alleinerziehende für das Koalitionsübereinkommen.

## 1. Mehr Unterstützung für Familien

### a) Inflationsanpassung für alle Familienleistungen

21 Prozent beträgt der Wertverlust bei der Familienbeihilfe seit der letzten Erhöhung im Jahr 2000; die Langform des Kinderbetreuungsgeldes – 436 Euro/Monat – ist seit der Einführung im Jahr 2002 gleich hoch; der Wertverlust beträgt 26 Prozent. Um die gesellschaftlichen Leistungen von Familien anzuerkennen, müssen dieser Wertverlust nachgeholt und Familienleistungen jährlich um die Inflationsrate erhöht werden.

b) Angebote für Familien in schwierigen und belastenden Situationen ausweiten  
Alleinerzieherfamilien, Mehrkindefamilien, Familien in Ausnahmesituationen (Gewalt, Tod/Trennung, psychische Erkrankungen) brauchen abseits von Geld zusätzlich Unterstützungsangebote zur Bewältigung ihres Alltags.

## 2. Ausbau und Qualität in der Kinderbetreuung sicherstellen

### a) Österreichweiter Ausbau von Betreuungsplätzen

In den letzten Jahren gab es, auch mit Unterstützung durch die Bundesregierung, einen Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen in ganz Österreich. Dieser Ausbau muss auch in den kommenden Jahren weitergehen.

b) Bundesweit einheitliches Rahmengesetz für Kinderbetreuungseinrichtungen  
Qualitative und quantitative Standards für die institutionelle Kinderbetreuung wie beispielsweise Gruppengröße, Betreuungsschlüssel oder Schließwochen/Jahr müssen in einem bundesweit einheitlichen Rahmengesetz festgeschrieben sein. Auch für Tageseltern und Kindergruppen sind bundeseinheitliche Regelungen wie eine umfassende und einheitliche sozialrechtliche Absicherung, einheitliche Qualitätsstandards und Ausbildungskriterien zu schaffen.

## 3. Bessere/schlagkräftigere Vertretung für Familien

### a) Institutionelle Vertretung stärken

Die Möglichkeiten der Familienorganisationen im Rahmen der politischen Gestaltung und Mitwirkung müssen ausgebaut werden.

### b) Basisförderung gesetzlich verankern

Die Familienorganisationen vertreten die Anliegen von 1,2 Millionen Familien. Um eine qualitätsvolle Arbeit leisten und sicherstellen zu können, muss der Anspruch auf die Basisfinanzierung in der Höhe von 1 Euro/Familienbeihilfenbezieher/in inkl. Indexierung gesetzlich festgeschrieben werden.

Wien, im November 2013